

3./VIII. 1917

### Die Grundlagen der Kabinettsbildung.

Wien, 2. August.

Heute sind die Grenzen deutlicher sichtbar geworden, die der innerpolitischen Neuordnung in Oesterreich gezogen sind. Die Christlichsozialen haben den Beschluß gefaßt, die Regierung wohl bei der Durchführung von Volks- und Staatsnotwendigkeiten zu unterstützen, gleichzeitig aber ausgesprochen, daß die Grundlagen für den Eintritt ihrer Vertreter in das Kabinett dormalen nicht gegeben seien. Die Gründe, die diese Haltung veranlassen, liegen natürlich auch in der Zusammenfassung der Christlichsozialen Vereinigung. Immer war ja in ihr der Gegensatz zwischen Stadt und Land kaum zu überbrücken, und heute, wo die Schwerkraft, mit der sich Konsumenten und Produzenten gegenüberstehen, noch weit schärfer hervortritt, wird es ihr noch schwieriger, in all den wirtschaftlichen Fragen, die jetzt im Vordergrund stehen, eine einheitliche Richtung einzuschlagen. Auch war es stets das Streben der Partei, sich mit dem Schein der Volkstümlichkeit zu umgeben. Die Aufgaben, die dem Parlament und der Regierung in der nächsten Zeit obliegen, werden aber auch den Mut verlangen, für unpopuläre Maßnahmen einzutreten. Es sei nur an die Wichtigkeit erinnert, die bald die Steuerpolitik gewinnen muß. Von besonderer Bedeutung wird die Rückwirkung sein, die der Beschluß der Christlichsozialen auf andere Parteien haben wird. Es kommen hier in erster Reihe die Polen in Betracht, die am Sonntag in Krakau über ihre Haltung entscheiden werden.

Für alle Fälle bleibt der Beschluß der Christlichsozialen, an der Kabinettsbildung nicht teilzunehmen, eine Mahnung, das erreichbare Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren. Der Versuch, eine politische Mehrheit zu bilden, ist auf die erste Schwierigkeit gestoßen, und es wäre wohl vergebliches Bemühen, ihn weiter zu verfolgen. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Abgeordnetenhaus ist nur die Bildung einer Arbeitsmehrheit möglich, auf die sich dann ein Kabinett der praktischen Arbeit stützen kann. Wie sollte auch eine politische Zusammenfassung der Parteien denkbar sein bei der Verschiedenheit ihrer Anschauungen und Interessen, die ja immer vorhanden war und nun durch den Weltkrieg noch so sehr gesteigert wurde! Es muß ganz ausgeschlossen erscheinen, schon im vorhinein für die Parteien eine breite gemeinsame politische Plattform zu finden. Der Versuch, den die parlamentarischen Verhältnisse gestatten, kann nur dahingehen, das politische Moment, soweit dies in einem Parlament überhaupt tunlich und soweit es mit der Fortführung der Arbeiten im Verfassungsausschusse vereinbarlich ist, auszuscheiden und das Hauptgewicht auf die Erfüllung der großen finanziellen und wirtschaftlichen Pflichten zu legen. Nur dort, wo das Interesse an der Lösung einer Frage allgemein ist, kann zunächst eine Zusammenarbeit der Parteien erzielt werden. Schlagen doch nicht einmal die Christlichsozialen und der Deutsche Nationalverband den gleichen Weg ein, obwohl sie das nationale Moment nicht trennt und obwohl sie sich auch sonst schon wiederholt über gemeinsame Richtlinien geeinigt haben. Innerhalb des Polenklubs sind die Gegensätze noch viel größer. Aber alle Parteien empfinden das ehrliche Bedürfnis nach Arbeit im Reichsrat. Die Aufgaben, die dort erfüllt werden müssen, sind wahrlich nicht gering. Freiherr v. Spitzmüller hat in seinem Exposé angekündigt, daß es im Herbst möglich sein werde, ein Budget vorzulegen; er hat damals hinzugefügt, daß die Finanzverwaltung der verfassungsmäßigen Mitarbeit des Parlaments bei der Wiederherstellung des Gleichgewichts nicht entbehren könne. Drei Jahre hat jede Budgetkontrolle geruht. Nun müssen die Schuldzinsen aus regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden, und auch uns soll gelingen, was Ungarn beinahe schon erreicht hat. Das allein wird schon die volle Anspannung aller Kräfte des Hauses erfordern und wäre höchste Arbeitsleistung. Wenn man noch die Ernährungspolitik hinzunimmt, dann hat

man eine genügend große Grundlage für eine arbeitende Mehrheit und eine parlamentarische Regierung der Arbeit.

Am Sonntag wird sich in Krakau die Frage entscheiden, ob die Christlichsozialen allein sich von der Teilnahme an der Kabinettsbildung ausschließen oder ob auch der Polenklub sich zu dieser Haltung bekennt. Nach der Meinung politischer Kreise hat Ministerpräsident Doktor v. Seidler den Auftrag, ein gemischtes Ministerium oder ein reines Beamtenkabinett zu bilden, wenn das parlamentarische nicht zustande kommt. Allein die Entscheidung hierüber wird erst in der nächsten Woche zu fällen sein, denn vor der Sitzung des Polenklubs ist die Lage nicht genau zu übersehen. Das Ziel einer Arbeitsmehrheit erscheint auch nach dem Beschluß der Christlichsozialen erreichbar. Und auch die Frage der Kabinettsbildung wird erleichtert sein, wenn über die im Hause vorhandenen politischen Möglichkeiten nicht hinausgegangen wird.